Leserbrief

**Zur Diskussion um das Rathaus: 60 Mio. Euro (plus) und Bürgerentscheid**

Da Stadtparlament und Oberbürgermeister weder in der Lage noch willens sind, zum ungeliebten Rathaus (falsches Haus am falschen Ort) eine echte Alternative anzubieten, sollte man sich nun darauf konzentrieren, aus der dann unumgänglichen Renovierung das Beste zu machen: die Umgestaltung des Rathauses zu einem Rat – und Bürgerhaus. Was bedeutet das?

• Zukünftig haben im Jacobsen-Bau nur Beschäftigte mit Bürger-Kontakt ihren Platz. Dazu gehören beispielsweise das Bürgeramt und Teile des Standesamtes, der Flüchtlingskoordinator und der Geschäftsführer der neu zu bildenden Freiwilligenagentur.

• Bürger können in dem Haus heiraten, die Dachterrasse nutzen, ein Restaurant aufsuchen und die Beratungsräume nutzen, wann immer die frei sind. Dazu gehört auch der große Sitzungssaal, der Vereinen und anderen Institutionen nach dem Vorbild der Frankfurter Paulskirche („bei öffentlichem Interesse“) vergeben wird. Die Idee ist, dass jeder Bürger mindestens einmal im Jahr im Rathaus ist, sei es wegen Verwaltungsangelegenheiten, sei es beim Spazierengehen am Rhein entlang (die Öffnung zum Rathaus von der Rheinseite ist großzügig zu gestalten), sei es mit auswärtigen Gästen zum Kaffeetrinken, zum Feiern, zu Fototerminen, sei es zu Veranstaltungen.

• Die Öffnungszeiten des Rat – und Bürgerhauses sind deutlich länger als die Arbeitszeiten der Beschäftigten und schließen die Abende und das Wochenende mit ein. Entsprechende personelle Ausstattung (Hausmeister, Sicherheit, Reinigung, Catering) ist vorzusehen.

• Ein Erhaltungsbeauftragter mit eigenem Budget und Weisungsmöglichkeit sorgt dafür, dass die Fehler der Vergangenheit (kein ausreichender Reparaturdienst, Verscherbeln von Original-Stühlen und -Lampen, Verschandeln von Räumen wie der Kantine) sich nicht wiederholen können.

Diese Punkte sollten in der Diskussion präzisiert und ergänzt werden. Sie müssen dann unabdingbar festgeschrieben werden; auf bloße Versprechungen kann man sich als Bürgerin und Bürger nicht verlassen. Es sollten die Opposition ihre Rolle als kritischer Gegenpart, ebenso die stadtrelevanten Medien, und der Oberbürgermeister seine Verantwortung als gewähltes Stadtoberhaupt endlich wahrnehmen. Bürgerentscheide sind eine zu bedeutende Sache, um sie aus Verantwortungsfeigheit zu verhunzen.

Dr. Henning von Vieregge,

Möldersstr.9

55122 Mainz